

Beschluss der 28. Ordentlichen  
Landesdelegiertenkonferenz  
am 14. November 2009 in Angermünde

## Bündnisgrüne Opposition – Streitbar und konstruktiv

Nach 15 Jahren landespolitischer außerparlamentarischer Opposition sind Bündnis 90/Die Grünen bei der Wahl am 27. September wieder in den Brandenburger Landtag eingezogen. Unsere kleine Fraktion steht einer großen Koalition aus SPD und Linken gegenüber, die sich selbst zwar als „historisch“ bejubelt, inhaltlich aber gegenüber der rot-schwarzen Regierungspolitik der letzten zehn Jahre nur wenig Neues zu bieten hat.

### **Neue Regierung – alte Mutlosigkeit**

Die weltweite Umweltkrise resultierend aus Klimawandel, Übernutzung der Ressourcen und Verlust der biologischen Vielfalt geht an Brandenburg nicht vorbei und verlangt genauso wie die globale soziale Krise mutige Antworten auch in der Brandenburger Landespolitik. Der hausgemachte Bildungsnotstand erfordert genauso wie die an der Braunkohleverstromung ausgerichtete Energiepolitik neue Konzepte.

Wir müssen aber konstatieren:

Diese Regierung will keine Reformkoalition sein, sondern möglichst stromlinienförmig die Politik der schwarz-roten Stillstandskoalition fortsetzen. War schon im Landtagswahlprogramm der SPD eine an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete zukunftsfähige Politik keiner Erwähnung wert, bleibt der Koalitionsvertrag der neuen rot-roten Landesregierung in vielen Punkten noch hinter dem SPD-Programm zurück. Die von der Linken im Wahlkampf geweckten Erwartungen an eine neue Klima- und Bildungspolitik sind ad acta gelegt. Dieser Vertrag ist ein Dokument der Mutlosigkeit und Reformverweigerung – Aufbruch sieht anders aus!

### **Energiepolitik: falsche Antworten auf falsche Fragen**

Die SPD hat erfolgreich ihren Braunkohle-/CCS-Kurs gegenüber der Linken durchgesetzt. Entgegen allen Beschönigungsversuchen ist klar: Der nun als neu angekündigte Ausbau Erneuerbarer Energien ist ein alter Hut, der bereits unter Schwarz-Rot in der Energiestrategie 2020 beschlossen wurde. Ohne gleichzeitige Beschränkungen der Braunkohleverstromung führt der lobenswerte Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zu weniger Kohle und CO<sub>2</sub>, sondern zu mehr Strom, und der wird europaweit verkauft werden.

Die Frage war daher nie, ob angesichts bereits bestehender und weiter wachsender Überkapazitäten im Bereich der Grundlastkraftwerke neue Braunkohlekraftwerke mit oder ohne CCS gebaut werden sollen, sondern ob mit einem Verbot neuer Tagebaue der Energiewirtschaft bereits jetzt die Unvermeidbarkeit einer neuen Energiepolitik deutlich gemacht wird.

Durch die jetzige Vereinbarung wird keines der von der Abbaggerung bedrohten Lausitzdörfer gerettet. Wie von der Volksinitiative dargelegt, wäre eine Beschränkung des Flächenverbrauchs nur mit Änderungen im Landesplanungsrecht möglich; daran besteht für diese Regierung aber kein Interesse.

Wir werden weiterhin mit aller Kraft für den Ausstieg aus der Braunkohle und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, für Energieeffizienz und Energieeinsparung kämpfen. Denn nur mit dem

konsequenten Kurs unseres Grünen New Deal lassen sich Arbeitsplätze schaffen und der Klimawandel begrenzen.

### **Bildung und Soziale Teilhabe: unbefriedigend**

Als Hauptziele der Zusammenarbeit hat Rot-Rot die Themen Soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft benannt. Im Koalitionsvertrag finden sich dazu jedoch mehr Versprechungen als wirkliche Projekte. Wie auch in den anderen Bereichen sind neue Ideen Mangelware. Richtig ist, die Regionalbudgets auszubauen und bei der öffentlichen Vergabe endlich Tariftreue als Kriterium festzuschreiben. Von einem Landesvergabegesetz wie in anderen Bundesländern ist jedoch weiter keine Rede. Wir Bündnisgrünen werden hier nicht locker lassen und weiter für ein Landesvergabegesetz mit Umwelt- und Sozialkriterien kämpfen.

Gemeinsam mit Berlin soll Brandenburg zudem zur leistungsstärksten Gesundheitsregion Deutschlands entwickelt werden. Wie das funktionieren soll, wird jedoch nicht erklärt. Die Gegenfinanzierung der 400 Millionen Euro für Krankenhäuser wird ebenso wenig erläutert wie die Frage, wie die als Modellprojekt eingeführte Gemeindeschwester zur Versorgung von Patienten auf dem Land zum Regelfall werden soll.

Auf die traurige Tatsache, dass in Brandenburg derzeit jedes vierte Kind in Armut lebt, ausschließlich eine bundespolitische Antwort – nämlich die Forderung nach einer Kindergrundsicherung – zu geben, ist ein Armutszeugnis für eine Landesregierung, deren Hauptziel die soziale Gerechtigkeit ist. Dass zur Armutsbekämpfung und Teilhabegerechtigkeit nicht nur die materielle Absicherung, sondern vor allem auch der Ausbau öffentlicher Institutionen und die Stärkung der sozialen Infrastruktur gehört, scheint Rot-Rot nicht verstanden zu haben.

Diese Geringschätzung öffentlicher Institutionen drückt sich auch in der Bildungspolitik aus. Für Bündnisgrüne ist klar, oberste Priorität der Landespolitik muss es sein, Bildung und Ausbildung sowie bildungsrelevante Infrastrukturen so zu gestalten, dass sie allen Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit und gerechte Teilhabechancen ermöglicht – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft. Im Koalitionsvertrag hingegen fehlen konkrete Aussagen zur Verbesserung der Qualität der Arbeit der Kitas. Es gibt keine Initiativen in Richtung Gütesiegel, Freistellung für Leitungsaufgaben oder fachliche Standards, stattdessen sollen künftig auch „Nichtfachkräfte“ eingestellt werden können. Der verbesserte Betreuungsschlüssel bei den 0- bis 3-Jährigen auf 1:6 (von 1:7) und bei den 3- bis 6-Jährigen auf 1:12 (von 1:13) ErzieherInnen pro Kindern ist ein Fortschritt, allerdings liegt Brandenburg auch damit noch im bundesweiten Vergleich deutlich hinten. Es bleibt zudem ungeklärt, ab wann diese Maßnahme umgesetzt werden soll. Zugleich scheint damit das Thema Personalschlüssel bis 2014 abgehakt zu sein.

Im schulbildungspolitischen Bereich soll das erfolgreiche Modell der Flexklassen bestehen bleiben, jedoch nur als freiwilliges Angebot. Sinnvoll wäre es gewesen einen Stufenplan zur vollständigen flächendeckenden Einführung vorzulegen. Noch enttäuschender sind die Maßnahmen zur von beiden Regierungsparteien im Wahlkampf noch so beschworenen Bildungsgerechtigkeit. Keine Aussagen, wie die Durchlässigkeit im Schulsystem verbessert werden kann. Die Gemeinschaftsschule – eigentlich deklariertes Ziel von sowohl SPD als auch der Linken – findet mit keinem Wort Erwähnung. Die Leistungs- und Begabungsklassen, eine Erfindung der CDU, werden nicht einmal auf den Prüfstand gestellt und unterhöhlen so weiterhin die sechsjährige Grundschule. Zum gemeinsamen Unterricht mit Kindern mit Beeinträchtigungen findet sich lediglich der Verweis, dass an Förderschulen so wenig wie möglich Kinder aufgenommen werden sollen, aber es fehlt jede Idee, wie das umgesetzt werden soll. Sinnvoll wäre z. B. gewesen, die Förderschule „Lernen“ schrittweise auslaufen zu lassen und die Sonderpädagogen an die allgemeinbildenden Schulen umzusetzen. Dass dieser Ansatz nicht aufgenommen wurde, ist umso unverständlicher, da Rot-Rot die „Halbierung der Quote der SchulabbrecherInnen bis 2015“ zum wichtigen Ziel erklärt hat – und ca. 60 Prozent aller SchülerInnen ohne Abschluss aus Förderschulen kommen.

Zum Thema Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern ergeht sich der Koalitionsvertrag in

Widersprüchlichkeiten: An einer Stelle heißt es, es werde in dieser Legislaturperiode keinen weiteren Stellenabbau geben. Wenn das ernst gemeint ist, müssten auch im Schuljahr 2014/15 die heute genutzten insgesamt 16.700 Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Diese Zahl ist jedoch nirgends festgeschrieben. Stattdessen wird angekündigt, 1.250 Lehrerinnen und Lehrer in der nächsten Legislaturperiode neu einzustellen, obwohl im gleichen Zeitraum etwa 4.000 Personen durch Ruhestand oder Altersteilzeit ausscheiden werden. Allein zur Sicherung des Ersatzbedarfs werden erheblich mehr Personen eingestellt werden müssen, als im Koalitionsvertrag angekündigt. Hier betreiben die Regierungsparteien auf dem Rücken der Betroffenen ein Verwirrspiel sondergleichen.

Der im Wahlkampf von SPD und Linken einmütig vertretene Anspruch, Bildung dürfe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, wird so nicht erfüllt. Die SPD verharrt in der geistigen Umklammerung der CDU und die Linke opfert ihre Visionen angesichts der Machtopion.

### **BürgerInnenrechte**

Die Wahrung der BürgerInnenrechte und der Ausbau der Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger waren für beide Regierungsparteien kein Thema im Wahlkampf, deshalb darf es nicht verwundern, dass diese Themen auch im Koalitionsvertrag nur eine kleine Nebenrolle spielen. Nach der Analyse, dass Demokratie vom Mitgestalten der Bürgerinnen und Bürger lebt, ist Schluss – wie Mitbestimmungselemente aus- und bestehende Zugangshürden abgebaut werden können, darüber wird kein Wort verloren, weshalb die Sorge, dass es beim blumigen Versprechen bleibt, wohl berechtigt ist.

Die Koalitionäre wollen die kommunale Selbstverwaltung und die Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden stärken. Dies entspricht auch unseren Vorstellungen und wir Bündnisgrüne werden sehr genau hinsehen, dass nicht nur die Aufgaben auf die Gemeinden verlagert werden, sondern sie auch finanziell in die Lage versetzt werden, diese zu erfüllen. Von der angekündigten Evaluierung der Kommunalverfassungsreform erwarten wir u. a. die Rückkehr zur Wahrung demokratischer Beteiligungsrechte und zum Minderheitenschutz bspw. durch angemessene Berücksichtigung auch kleiner Fraktionen bei der Ausschussbesetzung und die Herabsetzung der Fraktionsstärke.

Die Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht über den öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich in einer Behörde ist ein erster Schritt und wäre, wenn es dabei bliebe, zu kurz gesprungen. Um den institutionellen Datenschutz tatsächlich zu stärken, muss diese Behörde jedenfalls außerhalb der Aufsicht eines Ministeriums angesiedelt werden und eine angemessene Personal- und Sachausstattung erfahren.

### **Vergangenheit politisch aufarbeiten**

In dem Bestreben Rot-Rot gegen KritikerInnen zu verteidigen, hat Matthias Platzeck jeden Maßstab verloren. Der Verweis auf die Integration der Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS als angebliche Voraussetzung der Demokratisierung Westdeutschlands hat nicht nur ein wenig profundes Halbwissen über die deutsche Nachkriegsgeschichte offenbart. Mit seinem deutschlandweit beachteten Analogieschluss ist er zudem weder dem Wirken der am nationalsozialistischen Völkermord beteiligten Nazi-Schergen noch der speziellen Ausformung des autoritären DDR-Staates gerecht geworden.

Wir halten fest: Die friedliche Revolution von 1989 wird nicht dadurch verraten, dass die CDU aus einer Landesregierung fliegt und die SPD ein Bündnis mit der Linken eingeht. Die Ergebnisse der friedlichen Revolution werden aber dann verraten, wenn man die öffentliche Diskussion über das Mitwirken im Unterdrückungs- und Machtapparat der DDR und das Aufladen persönlicher Schuld aus Opportunitätsgründen bei Seite schieben und geschichtlich relativiert sehen will.

Wir billigen jedem Menschen die Fähigkeit zu einer persönlichen Weiterentwicklung zu. Wir wissen auch, dass IM nicht gleich IM und hauptamtlicher Mitarbeiter nicht gleich hauptamtlicher Mitarbeiter war. Eine differenzierte Betrachtung ist notwendig, individuelle Lebensläufe erfordern auch individuelle Bewertungen. Wir erkennen kein Recht des Landtags an, ehemaligen IMs ein bei freien

Wahlen errungenes Abgeordnetenmandat zu entziehen. Durch eine obligatorische Überprüfung der Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen muss jedoch eine öffentliche Auseinandersetzung über das individuelle Wirken möglich sein.

Es sollte für ehemalige TäterInnen, die aus Überzeugung damals aktiv den DDR-Staatssicherheitsdienst unterstützt haben, aber ein Gebot politischen Anstands gegenüber den Opfern sein, kein Ministeramt anzustreben.

### **Bündnisgrüne Handlungsalternativen aufzeigen**

Mit unserem Einzug in den brandenburgischen Landtag ist das Parlament bunter geworden – nun werden wir mit aller Kraft dafür sorgen, dass auch die Landespolitik vielfältiger und vor allem zukunftsfähig wird.

Angesichts einer reformunwilligen Koalition ist die Verzahnung von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung das Gebot der Stunde. Gemeinsam mit den Initiativen für eine neue Energiepolitik und den Umweltverbänden treten wir gegen die fortgesetzte Umweltzerstörung ein; zusammen mit Eltern, LehrerInnen, ErzieherInnen und SchülerInnen werden wir weiter gegen den Bildungsnotstand im Land kämpfen und mit den Bürgerrechtsverbänden gegen immer neue Überwachungsmethoden und Polizeirechte kämpfen.

Wir Bündnisgrüne werden die Arbeit der neuen Landesregierung kritisch und konstruktiv begleiten. Wir werden Handlungsalternativen aufzeigen, auf Defizite aufmerksam machen und Ansätze unterstützen, die die ökologische Modernisierung des Landes vorantreiben und soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit zum Ziel haben.

Mit CDU und FDP werden wir vor allem dann die Zusammenarbeit suchen, wenn es um die demokratischen Rechte der Opposition geht. Inhaltliche Unterschiede werden dabei nicht verwischt, unsere grundsätzlichen Alternativen zum Kurs von CDU und FDP bleiben deutlich.